



WoZ-Mann Andreas Fagetti möchte Peter Keller (mit Fahne) den einzigen Nidwaldner Nationalratssitz abjagen. Das Foto entstand vor dem Winkelried-Denkmal in Stans.

# Das Duell der Journalisten

**Die Nidwaldner haben die Wahl: Wer soll sie im Nationalrat vertreten? Ein linker oder ein rechter Redaktor?**

VON MARCEL ODERMATT

Für Linke ist Nidwalden ein schwieriges Pflaster. Die Einwohner des kleinen Standes lehnten 1848 den Bundesstaat ab, besteuerten bis 1970 (!) Personen aus anderen Kantonen pauschal und versenkten SP-Anliegen regelmässig hochkant, jüngst auch – mit brutalen 82 Prozent Neinstimmen – die Erbschaftssteuer-Initiative.

Ausgerechnet in dieser konservativen Hochburg will es jetzt ein Linker aus Zürich schaffen. Der Journalist Andreas Fagetti (50) von der «Wochezeitung» (WoZ) fordert den Journalisten Peter Keller (44) von der «Weltwoche» zum Nationalratsduell. Vor weni-

gen Tagen gab er überraschend seine Kandidatur bekannt. Damit verhindert der frühere Handlinger und Schulabbrecher eine stille Bestätigung des SVP-Akademikers.

Chancen auf eine Wahl hat Fagetti nicht. Ist die Kandidatur eine reine PR-Aktion? «Nein. Es kann nicht sein, dass in einer Demokratie ein gewichtiges Amt wie das eines Nationalrats ohne echte Wahl vergeben wird», sagt er. Politgeograf Michael Hermann (43) hat wenig Verständnis für den WoZ-Autor. Mit seiner Bewerbung helfe er der SVP sogar. Weil die Nidwaldner jetzt eine richtige Wahl abhalten, wird der Wähleranteil der Rechtspartei schweizweit

# Swissness-Gesetz

**Swissness-Gesetz**

**«Der Bundesrat ignoriert uns!»**

Anfang 2017 tritt das neue Swissness-Gesetz in Kraft. Lebensmittel mit Schweizerkreuz müssen 80 Prozent hiesige Rohstoffe enthalten. Jetzt regt sich



Wehrt sich: Kambly-Präsident Oscar A. Kambly.

für Zutaten, die hierzulande nicht in der benötigten Form verfügbar sind. Auch die Übergangsfrist sei zu kurz. Mit einer Verlängerung könnten die Kosten bei den Verpackungsänderungen

von 150 Millionen Franken gesenkt werden.

Die Unterzeichneten unterstützen eine Motion der nationalrätlichen Rechtskommission. Über sie stimmt die grosse Kammer am Dienstag ab. Sie verlangt, die Einführung des Gesetzes auszusetzen und die Vorlage zu vereinfachen. Chancenlos ist der Vorstoss nicht. SVP, FDP, CVP und GLP wollen zustimmen. ● M. ODERMATT

um rund 0,4 Prozent steigen. «Ein klassisches Eigen-goal», sagt Hermann. Fagetti sieht das anders: «Das ist Erbsenzählerei.» Er mache Politik für Menschen, nicht für Wähleranteile.

In einem für die Nidwaldner wichtigen Punkt sind sich Keller und Fagetti einig. Beide wollen den Wellenberg bei Wolfenschiessen NW nicht mit nuklearen Abfällen füllen. Im Gegensatz zu seiner Partei will Keller das auch nicht erneut prüfen. «Nidwalden hat

sich drei Mal demokratisch gegen diesen Standort entschieden.» Diese Volksentscheide gelte es zu respektieren – «ob sie einem passen oder nicht».

Der grösste Streitpunkt ist die Finanzpolitik. Fagetti bezeichnet die Tiefsteuerpolitik der Innerschweiz als Fehlentwicklung: «Wer nicht reich ist, wird wegen steigender Bodenpreise und Mieten aus seiner Heimat vertrieben.» Der Hergiswiler Keller sieht das ganz anders. In

seiner Wahrnehmung wird der Kanton schon heute zu fest geschröpft. «Der Nationale Finanzausgleich ist völlig aus dem Ruder gelaufen.»

Nidwalden zahle heute pro Kopf mehr in den Topf als die Wirtschaftskantone Genf oder Zürich. Und der Kanton Bern kassiere 1,25 Milliarden Franken. «Das ist absurd: Man bestraft haushälterische Kantone. Mit Solidarität hat das nicht mehr viel zu tun», sagt Keller. ●

Foto: Stefano Schärer, Keystone, RBB

ANZEIGE

BICO  
NIRGENDS  
GÜNSTIGER  
ALS BEI  
PFISTER!

**BICO**  
Sonderausstellung  
13.8. – 3.10.2015

- Gratis Entsorgung Ihres alten Bettinhaltes
- 6 Monate Probeschlafen
- 5\* Schlafberatung: Liegeanalyse Pfister Luna X-Sensor®

pfister.ch/bico

Einführungspreis  
**1199.-\***  
statt 1499.-  
Annabelle Matratze  
90/200

\*Als myPfister Member profitieren Sie von diesem Einführungspreis inkl. 2% Member Bonus vom 13.8. bis 3.10.2015, online bis 4.10.2015. Der Vorteil ist nicht kumulierbar mit anderen Vergünstigungen und Stappreisen. Nicht gültig für bereits erteilte Aufträge oder beim Kauf von Geschenkgutscheinen.

## «Etwas mehr Demut täte gut»

Am Rande der BDP-Parteiversammlung in Aarau sprach **Eveline Widmer-Schlumpf** (59) gestern über die anhaltende Flüchtlingskrise. Das Bild des ertrunkenen Buben Aylan (†3) am Strand von Bodrum habe sie sehr betroffen gemacht. «Ich habe einen Enkel in dem Alter», sagte sie. «Etwas mehr Demut und Bescheidenheit täten uns gut», so die Bundesrätin. «Wir müssen uns erinnern, dass nicht alles selbstverständlich ist, was wir hier haben.» Widmer-Schlumpf forderte, die Asylsuchenden auf die Staaten Europas aufzuteilen. **Das vollständige Interview auf Blick.ch**

## Knatsch um Parkplatzsteuer

Öffentliche Parkplätze sollen mehrwertsteuerpflichtig werden. Politiker wollen das nicht einfach hinnehmen.

In der kommenden Herbstsession stimmt der Nationalrat über die Mehrwertsteuerreform ab. **Klingt harmlos, birgt aber einigen Zündstoff.**

Teilaspekt der Neuregelung: Der Bundesrat will die Parkgebühren auf öffentlichen Grund künftig mit acht Prozent Mehrwertsteuer belasten. **Damit werde die Gleichbehandlung gegenüber privaten Parkplätzen hergestellt**, die schon heute mehrwertsteuerpflichtig sind. Und die



«Unnötige Vorläge»: CVP-Nationalrat Candinas.



«Völlig falsch»: SVP-Nationalrat Rutz.

Rechtssicherheit werde gesteigert, argumentiert die Regierung.

Sicher ist: Viele Einnahmen generiert der Bund mit der Änderung nicht. Die Steuerverwaltung **schätzt das Plus auf rund acht Millionen Franken pro Jahr**. Sicher ist aber auch: Die Autofahrer müssen

mehr bezahlen. Die Bürgerlichen wollen deshalb die Ausnahmeregelung behalten – und den Bundesrat auflaufen lassen. «Auf diese unnötige Bürokratieübung, bei der wenig Ertrag generiert würde, können wir problemlos verzichten», sagt Nationalrat Martin Candinas (35, CVP/GR).

Auch Gregor Rutz (42, SVP/ZH) will dem Bundesrat nicht folgen. **«Bei der derzeitigen wirtschaftlichen Lage ist es völlig falsch, weitere Steuern zu erheben und die Bevölkerung noch mehr zu belasten», sagt er.** Die Autofahrer zahlen schon mehr als genug und die Parkgebühren seien in den meisten Städten bereits heute deutlich zu hoch. ● MARCEL ODERMATT